

VOLKS BLATT | SPLITTER

Nutzung von Marihuana bleibt in USA strafbar

WASHINGTON - Die medizinische Nutzung von Marihuana bleibt in den USA strafbar. Der Oberste Gerichtshof in Washington entschied am Montag, dass die in einigen US-Staaten inzwischen verabschiedeten Gesetze zum Einsatz der Droge bei Behandlungen von Krankheiten die Nutzer nicht vor Strafverfolgung schützten.

Österreichischer Altkanzler Vranitzky spendete eine Niere

WIEN - Der frühere österreichische Bundeskanzler Franz Vranitzky hat seiner Frau eine Niere gespendet. Wie die österreichische Nachrichtenagentur APA am Montag unter Berufung auf das Allgemeine Krankenhaus in Wien berichtete, verlief der vierstündige Eingriff erfolgreich.

Der letzte Nagel im Sarg

Britische Regierung legt EU-Referendum auf Eis

LONDON - Allen Appellen und Mahnungen aus Brüssel und vielen Staaten zum Trotz hat die britische Regierung am Montag die geplante Volksabstimmung über die EU-Verfassung auf Eis gelegt.

Nach der Ablehnung durch die Franzosen und Niederländer sei ein Referendum derzeit sinnlos, erklärte Aussenminister Jack Straw vor dem Unterhaus. Die ganze Aufmerksamkeit richtet sich nun auf den EU-Gipfel kommende Woche in Brüssel, auf dem über die Lage und das weitere Vorgehen beraten werden soll.

Vergeblich hatte noch vor der Bekanntgabe der Entscheidung in London der stellvertretende polnische Aussenminister Jan Truszczyński an Tony Blair appelliert, nicht aus dem Ratifizierungsprozess auszusteigen. Wenn die Briten «den letzten Nagel in den Sarg» einschlugen, stelle sich die Frage nach dem Ratifizierungsprozess in den anderen Staaten, mahnte er. Trotz der britischen Absage wollen die polnische und auch die portugiesische Regierung zunächst aber an ihren Abstimmungen zur EU-Verfassung festhalten.

Die britische Entscheidung zur Aussetzung des Referendums hatte sich aber schon abgezeichnet, als



Ein Referendum sei derzeit sinnlos: Der britische Aussenminister Jack Straw gestern vor dem Unterhaus.

die Regierung in London nach dem Scheitern der Verfassung in Frankreich und den Niederlanden für eine Denkpause plädiert hatte. Die Regierung behalte sich das Recht vor, ein Referendum zur Verfassung anzusetzen, «wenn sich die Umstände ändern», erklärte Straw. «Aber im Moment sehen wir keinen Sinn darin fortzufahren.»

Ein Sprecher von Premierminister Tony Blair sagte, die Lage müsse nächste Woche beim EU-Gipfel in Brüssel näher analysiert werden. «In unsicheren Zeiten sollte man nicht reflexartig reagieren», erklärte Blairs Sprecher weiter. «Lassen sie uns eine Pause machen, lassen sie uns überlegen.» Der Sprecher sagte weiter, die Europäische Union müs-

se prüfen, was die Franzosen und Niederländer zum Nein veranlasst habe. Blair sei der Ansicht, die Sorge um die europäische Wirtschaft in Zeiten der Globalisierung stehe hinter der Ablehnung der EU-Verfassung. «Was wir brauchen, ist eine rationale Debatte über die Globalisierung und darüber, wie Europa mit der Herausforderung umgeht.» (AP)

«Nur ein Land gehört nicht dazu...»

Bush nutzt OAS-Vollversammlung zu Kritik an Kuba

FORT LAUDERDALE - US-Präsident George W. Bush hat seine Rede vor der Vollversammlung der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) zu Kritik an Kuba genutzt. Das Land gehörte 1948 zu den 21 Gründerstaaten der OAS, war aber 1962 ausgeschlossen worden.

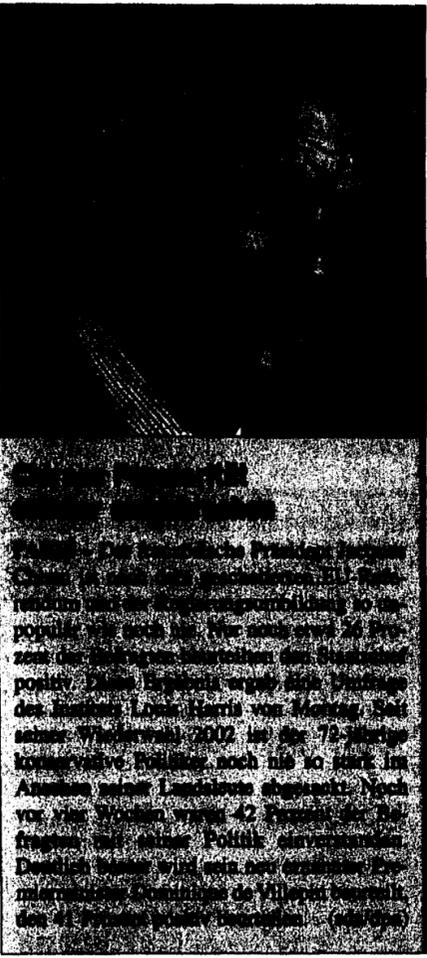
«Nur ein Land auf dieser Erdhälfte gehört nicht zur Gesellschaft der demokratischen Länder», sagte Bush am Montag vor den Delegierten der OAS-Staaten in Fort Lauderdale im US-Bundesstaat Florida. Eines Tages wird die Welle der Freiheit auch Kubas Küsten erreichen. Die Vereinigten Staaten halten seit mehr als 40 Jahren ein Embargo gegen den Karibikstaat auf-



US-Präsident Bush sprach gestern vor der OAS-Vollversammlung.

recht. Bush forderte die Länder Lateinamerikas auf, die demokratischen Errungenschaften der vergangenen zwei Jahrzehnte zu verteidigen. Demokratischer Wandel und freie Wahlen seien «berauschende Momente», aber danach könnten Momente der Unsicherheit folgen. Der Weg zu einer freien Gesellschaft sei lang und nicht immer eben, sagte der US-Präsident.

Ohne Venezuela namentlich zu nennen, sagte Bush weiter, die einen versuchten demokratischen Fortschritt zurückzudrängen, indem sie Ängste schürten, Nachbarn gegeneinander ausspielten und andere für die eigenen Fehler verantwortlich machten. (sda)



Advertisement for a festival concert. Text includes 'GÜNSTIGER GEHT'S NICHT', 'Festival', '€10.- Rabatt', and 'Orchesterkonzert'.

Brüssel droht Schweiz

Calmy-Rey ungehalten über Drohung

BERN - Aussenministerin Micheline Calmy-Rey hat am Montag angehalten auf die Ankündigung aus Brüssel reagiert, dass Schengen ohne Ausdehnung der Personalfreiheit nicht zu haben sei. Darüber werde die Schweiz frei und demokratisch entscheiden.

Es sei überraschend, dass sich Brüssel darüber im Voraus äussere, liess Calmy-Rey in einer gegenüber der Nachrichtenagentur sda abgegebenen Stellungnahme verlauten. Sie reagierte damit auf die Ankündigung der EU-Aussenkommissarin Benita Ferrero-Waldner, dass ohne vollständige Freizügigkeit der Abbau der Grenzkontrol-

len nicht möglich sei. Ein rechtlicher Zusammenhang zwischen Schengen und der Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens bestehe nicht, hielt die Schweizer Aussenministerin dagegen. Die EU habe seinerzeit das Freizügigkeitsabkommen zur Voraussetzung für die Verhandlungen über Schengen gemacht.

Angelegenheit nicht beendet

Dieses Abkommen sei schon im Juli 2002 in Kraft getreten, die Bedingung sei damit erfüllt. Für Calmy-Rey ist die Angelegenheit damit noch nicht erledigt: Sie kündigte an, sie werde sich mit Ferrero-Waldner in Verbindung setzen. (sda)

«Penthouse ohne Bodenheizung»

VILNIUS - Litauen ist stolz auf seine vielen Störche - wenn sie nur nicht so gern auf Starkstrommasten nisten würden. Geht es nach den beiden litauischen Stromversorgern, sollen EU-Gelder den Störchen nun den Umzug auf Nistplattformen ermöglichen. Allein im westlichen Landesteil habe man 2900 Storchennester auf Hochspannungsanlagen gezählt, in ganz Litauen komme man auf knapp 8000, klagt Darius Nedzinskas, Direktor des für West-Litauen zuständigen Stromversorgers Vakarų Skirstomieji Tinklai. Das sei nicht nur deshalb ein Problem,

weil die Nester Stromausfälle auslösen könnten. Weil die Leitungen von den bis zu 400 Kilogramm schweren Storchennestern ausgelastet würden, müssten sie alle zwei Jahre erneuert werden - das jedoch kann sich Litauen nicht leisten. Die Litauer versuchen nun, die unter Naturschutz stehenden Vögel mit grosszügigen Wohnungsangeboten von ihren Stammplätzen wegzulocken. Rund 300 spezielle Metallplattformen für Nester wurden für umgerechnet je knapp 600 Euro (rund 900 Franken) montiert, bislang nur mit mässigem Erfolg: Die neuen Nistplätze lassen die Fundamentheizung vermissen, die die Strommasten so gemütlich machen. (sda)